

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Agnes Malczak, Dr. Frithjof Schmidt, Hans-Christian Ströbele, Kerstin Müller (Köln), Katja Keul, Dr. Konstantin von Notz, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Viola von Cramon-Taubadel, Ulrike Höfken, Thilo Hoppe, Uwe Kekeritz, Ute Koczy, Tom Koenigs, Manuel Sarrazin, und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der vereinbarten Debatte zum neuen Strategischen Konzept der NATO

Die NATO muss abrüsten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Rahmenbedingungen für eine Umkehr der globalen Rüstungs- und Proliferationsspirale und die Verwirklichung einer Welt frei von Atomwaffen haben sich seit dem Bekenntnis von US-Präsident Obama zu einer atomwaffenfreien Welt am 5. April 2009 in Prag deutlich verbessert. Am 24. September 2009 bekannte sich der UN-Sicherheitsrat mit der historischen Resolution 1887 zu diesem Ziel und forderte alle Staaten zu Anstrengungen gegen Weiterverbreitung, Atomterrorismus und für eine allgemeine und vollständige nukleare Abrüstung auf. Die größte Atommacht der Welt hat mit der Überarbeitung ihrer Nukleardoktrin einen ersten Schritt zur Einschränkung der Rolle ihrer Atomwaffen unternommen. Im April 2010 haben die USA und Russland einen neuen Vertrag über eine, wenn auch bescheidene, Reduzierung ihres strategischen Atomwaffenarsenals abgeschlossen, dessen Ratifizierung demnächst ansteht. Auf der Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages im Mai 2010 wurde eine Einigung über ein Abschlussdokument erzielt, das zumindest in einigen Punkten in die richtige Richtung weist und eine wichtige Vertrauensgrundlage für den Erhalt des Nichtverbreitungsregimes bildet.

Ob die Wende hin in eine Ära der weltweiten Abrüstung gelingt, hängt insbesondere vom zukünftigen Selbstverständnis und Verhalten der NATO ab. Grundlage für die künftige Ausrichtung des transatlantischen Verteidigungsbündnisses soll ein neues strategisches Konzept sein, das auf dem NATO-Gipfel am 19. und 20. November 2010 in Lissabon verabschiedet werden soll. Am 17. Mai 2010 wurden dem Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen von einer eigens dafür eingesetzten zwölfköpfigen ExpertInnengruppe unter der Leitung der ehemaligen US-Außenministerin Albright Vorschläge für eine Reform der Organisation vorgelegt. Darauf aufbauend erarbeitet der Generalsekretär derzeit einen eigenen Entwurf, der in den kommenden Wochen von allen 28 Mitgliedsstaaten diskutiert wird.

Deutschland muss sich in dieser Diskussion dafür stark machen, dass Abrüstung zum Kern der neuen NATO-Strategie gehört und das Bündnis Verantwortung und Führung für einen weltweiten Abrüstungsprozess übernimmt. Das Bündnis muss seine Nuklearpolitik grundlegend überarbeiten, um den weltweiten Konsens über die nukleare Nichtverbreitung zu stärken und die im Atomwaffensperrvertrag vereinbarten Anstrengungen der Atomwaffenstaaten um allgemeine und vollständige Abrüstung proaktiv zu unterstützen. Die neue NATO-Strategie hat auch Einfluss darauf, ob Deutschland atomwaffenfrei wird oder nicht. Es geht daher in den kommenden Wochen darum, die Grundlage für den

Abzug der in Deutschland und Europa verbliebenen US-Atomwaffen zu schaffen. Der deutsche Bundestag hat in Antrag 17/1159 vom 24. März 2009 die Bundesregierung aufgefordert sich mit Nachdruck für einen Abzug der noch in Deutschland stationierten US-Atomwaffen einzusetzen.

Wenn die NATO ihren eigenen Anspruch als Sicherheitsallianz für den Frieden erfüllen will, muss sie ihren Beitrag für die weltweite Abrüstung im nuklearen wie im konventionellen Bereich leisten. Die konventionelle und nukleare Überlegenheit der USA und NATO verpflichten diese, die Sicherheitsbedürfnisse anderer Akteure zu berücksichtigen und bestehendes Misstrauen und Ängste ernst zu nehmen und abzubauen. Nur durch konsequente und umfassende Abrüstung und Rüstungskontrolle kann das für einen nachhaltigen internationalen Frieden nötige Vertrauen geschaffen werden.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass nukleare Abrüstungsmaßnahmen der NATO nicht durch Aufrüstungsmaßnahmen im konventionellen Bereich konterkariert werden. Als mächtigstes Militärbündnis der Welt kann und muss die NATO nuklear und konventionell abrüsten. Insbesondere im Bereich der konventionellen Abrüstung gibt es ein großes Kooperationspotential mit Russland. Dabei muss den berechtigten Sicherheitsinteressen der zentral- und osteuropäischen Allianzmitglieder sowie der Türkei Rechnung getragen werden, indem gemeinsam glaubwürdige und transparente Mechanismen der Vertrauensbildung geschaffen werden. Rüstungskontrolle, der politische Dialog mit Russland und die Forcierung der Suche nach einer diplomatischen Lösung im Atomkonflikt mit dem Iran sind in diesem Zusammenhang besonders wichtig.

Als Teil einer umfassenden globalen Sicherheitsarchitektur kann ein Raketenabwehrsystem, das jedes Mitglied der Weltgemeinschaft vor Regelbrechern schützt, eine stabilisierende Funktion erfüllen. Es bedarf gemeinsamer und kooperativer Lösungen für eine Raketenabwehr, die nicht zu neuen Spannungen und Rüstungswettläufen führen. Von einer solchen Weltordnung sind wir jedoch noch weit entfernt. Sollte ein internationales Raketenabwehrsystem in Betracht gezogen werden, ist in Europa eine enge Abstimmung mit Russland notwendig. Ein solcher Prozess müsste mit der Schaffung eines effektiven Rüstungskontrollregimes für Raketenabwehrsysteme verbunden werden.

Der Plan zum Aufbau eines Raketenabwehrsystems der NATO, der auf dem Lissabon-Gipfel beraten wird, birgt hingegen große technische, finanzielle und vor allem friedens- und sicherheitspolitische Risiken.

Aufgrund technischer Unwägbarkeiten ist eine mögliche Schutzfunktion fraglich. Zudem machen kurze Reaktionszeiten auf potentielle Raketenangriffe Fehleinschätzungen wahrscheinlich. Unbeantwortet ist auch die Frage, wie gemeinsame Entscheidungen in den Kommando- und Befehlsstrukturen eines Raketenabwehrsystems erzielt werden können. Die Mitwirkung der einzelnen NATO-Staaten betrifft vor allem die Finanzierung, dessen Gesamtkosten Experten zufolge in Milliardenhöhe liegen.

Der Aufbau eines NATO-Raketenabwehrsystems beschwört aber vor allem die Gefahr einer weltweiten Rüstungs- und Proliferationsspirale herauf, insbesondere in einer Zeit in der die globale Machtverteilung durch aufstrebende Mächte neu bestimmt wird. Unklar ist auch, auf welche Bedrohung eigentlich mit dem Raketenabwehrsystem reagiert werden soll. In einer hochgerüsteten Welt vermittelt ein bündnisbeschränktes Raketenabwehrsystem ein falsches Gefühl von Sicherheit und täuscht über die Notwendigkeit von Abrüstung und Rüstungskontrolle hinweg.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich für die Verankerung von Abrüstung als Kernelement der neuen NATO-Strategie einzusetzen;
2. sich dafür einzusetzen, dass die NATO mit diesem Selbstverständnis umfassende, verbindliche und überprüfbare Abrüstungs-, Rüstungskontroll- und Waffenhandelsvereinbarungen im nuklearen und konventionellen Bereich vorantreibt;

3. sich dafür einzusetzen, dass sich die NATO im neuen Strategischen Konzept vorbehaltlos zum Ziel einer atomwaffenfreien Welt bekennt und konkrete Schritte zur Umsetzung dieses Vorhabens benennt;
4. bei der Ausarbeitung des neuen Strategischen Konzepts der NATO auf die Überwindung einer Politik der nuklearen Abschreckung und eine Zurücknahme der strategischen Bedeutung von Atomwaffen in der Allianz zu drängen, ohne dass im Gegenzug konventionelle Abschreckung und Raketenabwehrsysteme aufgewertet werden;
5. sich dafür einzusetzen, dass der Verzicht auf die nukleare Ersteinsatzoption und die Drohung eines Atomwaffeneinsatzes gegen Nichtatomwaffenstaaten in der neuen NATO-Strategie festgeschrieben wird;
6. sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass mit der neuen NATO-Strategie eine Grundlage für den vollständigen Abzug der taktischen US-Atomwaffen aus Europa geschaffen wird, mit dem Ziel dass die Allianz auf der nächsten Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages im Jahr 2015 erklären kann, dass die nuklearen Mitgliedsstaaten der Allianz ihre Atomwaffen künftig nur noch auf ihrem eigenen Territorium stationieren;
7. in diesem Zusammenhang den Weg für ein atomwaffenfreies Deutschland zu ebnen, indem die Bundesregierung
 - schnellstmöglich die Mitwirkung der Bundeswehr an der nuklearen Teilhabe beendet und die Bereitstellung von Bundeswehrpiloten und Trägermitteln in Büchel zum Atomwaffeneinsatz einstellt,
 - sich gegenüber den USA mit großem Nachdruck für den sofortigen Abzug der in Deutschland verbliebenen US-Atomwaffen einsetzt;
8. sich dafür einzusetzen, dass die derzeitigen politischen Mechanismen zur nuklearen Teilhabe, wie die Nukleare Planungsgruppe, künftig ausschließlich für Konsultationen über nukleare Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung genutzt werden;
9. sich dafür einzusetzen, dass die NATO auf ihrem Gipfel die Initiative ergreift, gemeinsam mit Russland eine weitgehende und verifizierbare Reduzierung taktischer Atomwaffen mit dem Ziel ihrer vollständigen Vernichtung einzuleiten;
10. sich dafür einzusetzen, dass die NATO als vertrauensbildende Maßnahme sofort die Anzahl und Stationierungsorte der in Europa befindlichen US-Atomwaffen deklariert;
11. auf die Schaffung einer umfassenden atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa mit dem Ziel eines atomwaffenfreien Europas zu drängen;
12. darauf hinzuwirken, dass alle Beratungen über eine Reform der Nuklearpolitik der Allianz so offen und transparent wie möglich stattfinden und insbesondere Parlamente und Zivilgesellschaft eingebunden werden;
13. sich für die Ratifizierung des Angepassten KSE-Vertrages durch die NATO einzusetzen und hierzu auf Verhandlungen zwischen NATO und Russland über eine umfassende Reform des Regimes zur konventionellen Rüstungskontrolle zu drängen;
14. darauf hinzuwirken, dass sich die NATO in ihrem neuen Strategischen Konzept dazu verpflichtet, sich für einen konsequenten und umfassenden weltweiten Abrüstungsprozess einzusetzen, ohne dass dabei die Rolle der Europäischen Union in der Rüstungskontrolle und Abrüstung beschädigt wird;

15. dafür einzusetzen, dass auf dem Lissaboner NATO-Gipfel vom 19.-20. November kein Raketenabwehrsystem beschlossen wird;
16. sich im Rahmen der Ausarbeitung der neuen NATO-Strategie und gegenüber den USA und Russland für die Wiederbelebung des ABM-Vertrages zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen einzusetzen;
17. sich für die Schaffung eines effektiven internationalen Rüstungskontrollregimes für Raketenabwehrsysteme stark zu machen;
18. sich im Zuge der Verhandlungen über ein neues strategisches Konzept der NATO dagegen auszusprechen, den NATO-Bündnisfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrags künftig auch bei Internet-Attacken anzuwenden;
19. sich innerhalb der NATO für eine friedliche Nutzung des Cyberspace und gegen Cyber-Aufrüstung einzusetzen;
20. für eine internationale Konvention zur friedlichen Nutzung des Cyberspace einzutreten, welche offensive Cyber-Waffen und -Programme sowie E-Bomben und andere Waffen, die mit Mikrowellenstrahlung oder elektromagnetischen Impulsen arbeiten, verbietet und Angriffe auf zivile und militärische Strukturen ächtet.

Berlin, den 9. November 2010

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion